

Mißbraucht

„Volkes Stimme“ als Argument in
ausländerpolitischen Debatten

Politische Parteien versuchen auch durch Emotionalisierung eines Themas möglichst breite Unterstützung der eigenen Position oder allererst Aufmerksamkeit für diese zu erlangen. Mehrheiten wollen gewonnen, müssen erst mobilisiert werden. Solche Emotionalisierungsversuche sind gewiß nicht unproblematisch, denn leicht ist die Grenze zur Stimmungsmache, zum Schüren von Affekten überschritten. Per se verwerflich aber ist der Versuch der Emotionalisierung im politischen Geschäft nicht.

Beim *Staatsbürgerschaftsrecht* handelt es sich zweifellos nicht nur um eine reichlich spröde, sondern erst recht um eine hochkomplizierte und, historische Reminiszenzen eingeschlossen, komplexe Materie. Und doch wurde die Ankündigung der Bundesregierung, einen Entwurf zur Gesetzesreform vorlegen zu wollen, höchst emotionalisiert diskutiert.

Das Ziel, breite öffentliche Aufmerksamkeit für ihre Position, nämlich die Ablehnung der doppelten Staatsbürgerschaft als Regelfall des Staatsbürgerschaftsrechtes zu erlangen, hatte die Union allein schon durch die Ankündigung einer Unterschriftenaktion erreicht. Die doppelte Staatsangehörigkeit war in aller Munde.

Gleich wie das eigene Urteil darüber ausfallen mag, ob nun die Staatsbürgerschaft ein geeignetes Integrationsinstrument ist oder nicht und welche Chancen und Risiken die Akzeptanz einer größeren Zahl von Doppelstaatlern tatsächlich birgt – allein schon der Verlauf der Diskussion der letzten Wochen zeigte reichlich problematische Züge: Allzu offenkundig ging es um mehr und um anderes als um den Königsweg der Ausländerintegration. Für die Regierung wie für die Opposition hatten

die Ankündigung des Reformvorhabens wie die darauffolgende Auseinandersetzung hohen Symbolwert und sollte auch der je eigenen Profilierung dienen.

Für die Regierungskoalition besteht dagegen mit der Reform des Staatsbürgerschaftsrechts die Chance, ein Thema fast ohne Koalitionsquerelen durchziehen zu können; und der größere Regierungspartner kann endlich ein bündnisgrünes Herzensanliegen erfüllen. Die Union suchte über dieses Thema erneut den Start als geeinte und starke Opposition. Und mit einer hektisch, noch vor dem Vorliegen eines bundeseinheitlichen Textes begonnenen Unterschriftenaktion hofft die hessische CDU bei den Landtagswahl am 7. Februar der prognostizierten rotgrünen Mehrheit doch noch gefährlich werden zu können. Daß die Aufforderung zur schnellen Unterschrift im Einkaufsrummel städtischer Fußgängerzonen tatsächlich etwas mit politischer Meinungsbildung zu tun hat oder gar der politischen Aufklärung dienen könnte, darf bezweifelt werden, ganz auszuschließen ist dieser Effekt freilich auch nicht.

Ein wirkliches Armutzeugnis aber für die politische Kultur in unserem Land bleiben die ärgerlichen, bei ausländerpolitischen Debatten offenkundig unvermeidlichen Rituale, derer man sich nun auch anlässlich des Reformvorhabens zum Staatsbürgerschaftsrecht ausgiebig hingab und über das Maß einer vertretbaren Emotionalisierung politischer Themen weit hinauschoß.

Das gilt zuerst für die unselige Spaltung und Polarisierung: Die eine Seite teilt die Nation in böse Ausländerfeinde hier und gute Ausländerfreunde dort. Die andere trennt in hier naiv-verbohrt Anhänger eines multikulturellen Wahns, vaterlandslose Gesellen allesamt, die die eigene Identität für ein Linsengericht verkaufen, und dort geschichts- und kulturbewußte Realisten, die obendrein alleine nur in der Lage sind, die volkswirtschaftlichen Konsequenzen der Multi-Kulti-Utopien abzuschätzen.

Und ärgerlicher noch, weil nicht so durchsichtig, sind die in den immer gleichen und wohlfeilen Warnungen, Alarmrufen und Mahnungen transportierten Unterstellungen zur gesellschaftlichen Stimmungslage, zur Stimme des „einfachen Volkes“. Für die einen wird eine als erbärmlich und nur parteistrategisch durchschaute Unterschriftenaktion im gleichen Atemzug zum Aufbruchsignal für den auf das Stichwort nur wartenden rassistischen und nazistischen Mob. Und was das Abstraktionsniveau politischer Seminare unterstreicht ist Stammtisch und was dort besprochen wird, ist immer schon vom dunklen Ressentiment getrieben. Für die anderen muß ein blindes und taubes, der Zeitungslektüre etwa offenkundig nicht mächtiges Volk stetig vor fahrlässig unterschätzten Gefahren gewarnt werden: vor chronisch kriminellen Ausländergruppen, vor Terroristen, spezialisiert auf Export und Import der Bürgerkriege ihres Landes, vor Sozialchmarotzern und vor muslimischen Fundamentalisten.

Diese Rituale zu verurteilen, heißt nicht, naiv die Augen zu verschließen vor fremdenfeindlichen Gruppen, heißt nicht die Probleme der verschiedenen Phasen eines Integrationsprozesses ebenso zu leugnen wie die Existenz von Gruppen, die sich erst gar nicht integrieren wollen.

Nur solche Unterstellungen und Instrumentalisierungen verfehlen beides: Die wirklichen Ängste, Sorgen und Abwehrreaktionen gegenüber Fremden und Migranten auf der einen Seite und das bereits erreichte Integrationsniveau auf der anderen. Wenn Parteien oder andere gesellschaftliche Gruppen, die eine wie immer geartete politische Meinungsführerschaft beanspruchen, problematische Stimmungen im Volk auszumachen glauben, sollten sie deren Ursachen und Gründe aufspüren und dann die unverzichtbare Überzeugungsarbeit leisten.

Ebenso dürfen unterstellte oder real vorhandene Ängste und Affekte nicht zum Vorwand dienen, eine Diskussion

von vornherein unter der Decke halten zu wollen. Einen Ansatzpunkt für wirkliche Aufklärung und politische Meinungsbildungsprozesse bietet das ausländer- und integrationspolitische „Expertentum“ des Volkes selbst, entstanden durch positive wie negative Erfahrungen im unmittelbaren Kontakt mit Ausländern und Ausländerinnen, in gemeinsam besuchten Schulklassen, in Nachbarschaft und Kollegenkreis.

A. F.

Realismus

Kirchliche Reformgruppen suchen nach neuem Selbstverständnis

In Veröffentlichungen aus der und über die kirchliche Reformbewegung in Deutschland war in den vergangenen Monaten auffällig häufig davon die Rede, daß man eine „große Ziel- und Strategiediskussion“ führen wolle. Es solle „professionalisiert“ werden. Über die eigene Zukunft müsse und wolle man sich Gedanken machen. Umschreibungen dieser Art lassen uns schwer erkennen, daß es um die kirchliche Reformbewegung in Deutschland nicht zum Besten bestellt ist. Die Gründe sind vielfältig. Während *Joschka Fischer* heute Außen- und der frühere RAF-Anwalt *Otto Schily* Innenminister sind, hat es Vergleichbares in der katholischen Kirche nicht gegeben. Man ist älter geworden. Amtsniederlegungen mit und ohne Laisierungen haben die Reihen gelichtet. Mancher ist des Kampfes müde und überdrüssig. Die Hoffnung, daß sich zu eigenen Lebzeiten noch Entscheidendes ändert, hat man aufgegeben.

Die Probleme der kirchlichen Reformbewegung in Deutschland gehen aber tiefer. Sie bestehen etwa auch darin, daß es diese Bewegung als solche im

Grunde nicht gibt. Es gibt Gruppen, die zu unterschiedlichen Zeitpunkten entstanden sind, sich teilweise personell und thematisch überlappen, einander aber durchaus nicht in allem grün sind. Die Zahl der Gruppen ist beeindruckender als ihre wirkliche Kraft. Es gibt die *Priestersolidaritätsgruppen*, die auf die besondere kirchliche wie gesellschaftliche Situation Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre zurückgehen. Kirchliche Menschenrechtsgruppen entstanden als Reaktion auf den Entzug der Lehrerlaubnis für *Hans Küng*. Zur „Kirche von unten“ kam es vor allem, weil man mit dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken über Kreuz lag wegen der Teilnahmemöglichkeiten an Katholikentagen – parallel zu den Katholikentagen entstanden „Katholikentage von unten“.

Die Probleme dieser Gruppen sind sehr verwandt. Die Mitgliederstruktur der Priestersolidaritätsgruppen spiegelt bis heute ihre Entstehungszeit. Der Bewegung, die sich um die Menschenrechte in der Kirche kümmert, war in Deutschland nie eine sonderliche Größe vergönnt. Die „Katholikentage von unten in ihrer bisherigen Form sind tot“, meinte erst kürzlich der Geschäftsführer der Initiative Kirche von unten, *Michael Steiner*. Und auch bei der Wir-sind-Kirche-Bewegung wachsen die Bäume nicht in den Himmel. Unterschriften in einer öffentlichkeitswirksamen Weise in beachtlicher Zahl zusammenzubekommen, ist das eine, diesen Impuls in eine breite, inhaltlich konsistente Bewegung umzuleiten, etwas anderes. Hinzu kommen die äußeren Verhältnisse. Der etablierte Verbands- und Rätekatholizismus hat sich in den vergangenen Jahren den Reformgruppen in seinen inhaltlichen Forderungen deutlich angenähert. Bedarf an gewissermaßen „außerparlamentarischen“ Protest- und Reformgruppen kommt da weniger auf. Gegen den Strom schwimmen heißt heute – so wie die Verhältnisse nun mal sind – eher, sich betont konzils- und modernitätskritisch geben, während die längst vertrau-

ten Reformwünsche allüberall vertreten werden, in diözesanen synodalen Prozessen etwa auf deutliche Abstimmungsmehrheiten kommen.

Auch der Protest selbst hat sich verändert. Der Personenkreis, der vom Kirchenvolksbegehren erreicht wurde, reicht weiter ins kirchliche Establishment hinein, als sich dies die schon traditionell gewordenen Kirchenkritiker und -protestler je erträumt hätten. Das Kirchenvolksbegehren erreichte Katholiken, deren Problem weniger darin besteht, daß in der Kirche auch so etwas wie Macht ausgeübt wird, sondern wie diese ausgeübt wird. Die sich weniger am Vorhandensein von Hierarchien stören, als an der mangelnden Anerkennung des *sensus fidelium* durch den einen oder anderen Inhaber eines hierarchischen Amtes.

Untrügliches Zeichen für diesen Umschwung zu mehr Realismus: Auf der Bundesversammlung der Wir-sind-Kirche-Bewegung in Würzburg im vergangenen Jahr hielt mit *Werner Böckenförde* ein wenn auch kirchenkritischer, so doch durch und durch juristisch argumentierender Theologe und Kirchenjurist, früherer Kirchenrechtler in Frankfurt und emeritierter Domkapitular in Limburg, das Hauptreferat. Eine Annäherung an das Kirchenrecht ist für manche bis heute ungewohnt: Publik-Forum glaubte auch nachher noch „Welten“ zwischen Kirchenreformern und Kirchenjuristen zu erkennen.

Zur Schadenfreude gibt es bei so viel Zeitenwende in kirchlichen Reformkreisen trotz allem keinen Anlaß. Niemand kann Genugtuung darüber empfinden, daß die Reformbewegung ihre erheblichen Probleme hat. So unbequem diese Gruppen an den verschiedensten Stellen kirchlichen Lebens immer wieder auch sein mögen: In ihnen spiegelt sich das Ringen von bedeutsamen Teilen der Kirche um ein heutiges Menschen zugängliches wie evangeliumsgemäßes Christentum wider. Das viel zitierte Wort des früheren Bischofs von Münster, *Heinrich Tenhumberg*,